

Ergebnisprotokoll des UOKG-Verbandtreffens 16./17. März 2013

Berlin, 30. Mai 2013

Ort: Gedenkstätte Normannenstraße (Stasi-Museum), Haus 1, Ruschestraße 103, 10365 Berlin, Raum 418 (BStU-Projektwerkstatt)

Leitung: 16. März- Rainer Wagner, UOKG-Bundesvorsitzender
17. März- Roland J. Lange, Stellv. Vorsitzender der UOKG

Sonnabend, 16. März 2013
Beginn: 13.00 Uhr

Vortrag „Eine Bilanz der bisherigen Amtszeit“, Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

Roland Jahn berichtete, 2012 seien 88 000 Anträge auf Akteneinsicht gestellt worden, davon 55 000 Erstanträge. Die Zahl der Antragsteller sei damit gegenüber 2011 gestiegen. Wichtig ist die weitere Erschließung des Archivs und die Arbeit des Fraunhofer-Instituts zur Entwicklung der Möglichkeiten der virtuellen Rekonstruktion zerrissener Akten. Stärker herausgestellt werden müsse in Zukunft die Verantwortung der SED, deren „Schild und Schwert“ das MfS war.

Sollten die Stasi-Akten jemals in anderem Rahmen verwaltet werden, dürfe der Zugang nicht schlechter, sondern müsse besser werden. Die Akten, so Roland Jahn weiter, müssen für immer offen bleiben.

Er erläuterte seinen Plan der Ausgestaltung des Geländes in der Normannenstraße zu einem „Campus der Demokratie“. Dort könnte auf dem Hof z.B. die Ausstellung der Havemann-Gesellschaft zur Friedlichen Revolution gezeigt werden.

Als Problem benannte Roland Jahn den Personalabbau in der BStU, statt ehemals 3000 Mitarbeitern ist dort jetzt nur noch die Hälfte tätig. Es stelle sich die Frage, wie effektiver gearbeitet werden kann. Die BStU-Außenstellen sollten erhalten bleiben, aber eventuell werde es nicht mehr in jeder Außenstelle ein Archiv geben können.

Herr Jahn machte den Vorschlag, Folgeanträge von ehemaligen politischen Häftlingen mit Vorrang zu bearbeiten.

Zu seiner Forderung nach Versetzung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter in weniger sensible Bereiche von Bundesbehörden sagte Roland Jahn, dies sei kein Ausdruck von Rache, wie manchmal der Vorwurf lautet, sondern er lasse sich dabei von rechtsstaatlichen Prinzipien leiten.

15.30 Uhr Beginn Mitgliederversammlung

TOP 1- Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Annahme des Protokolls des vergangenen Verbandtreffens

Rainer Wagner begrüßte die Anwesenden. Es wurde die Erlaubnis erteilt, die Veranstaltung per Audio-Mitschnitt aufzuzeichnen. Das Protokoll des vorhergehenden Verbandtreffens wurde einstimmig angenommen.

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt: Anwesend waren Vertreter von 20 Mitgliedsvereinen, davon zwei mit jeweils zwei Stimmen stimmberechtigt.

Herr Moll (VOK-Deutschland) bat darum festzustellen, ob ein Vertreter der SED-Opferhilfe

anwesend ist. Es wurde festgestellt, dass kein Vertreter anwesend war. Herr Moll fragte, ob der BdV oder nur der Frauenverband im BdV Mitglied der UOKG ist. Frau Dreher (BdV) antwortete, dass der BdV Mitglied in der UOKG ist.

TOP 2- Abstimmung über die Tagesordnung

Die aktualisierte Tagesordnung wurde verteilt und über den veränderten Programmablauf informiert. Dieser resultierte aus der gemäß den Richtlinien der Stiftung Aufarbeitung vorgenommenen Trennung von projektbezogenem Programmteil und Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wurde angenommen.

TOP 3- Finanzbericht

Herr Ott erstattete den Finanzbericht. Er informierte unter anderem darüber, dass 1915 Euro Spenden eingegangen sind.

TOP 4- Bericht aus dem Vorstand und Aussprache

Der UOKG-Vorsitzende Rainer Wagner berichtete über einen Beitrag von Martin Jander aus dem Buch „Ein Kampf um die Deutungshoheit. Politik, Opferinteressen und historische Forschung. Die Auseinandersetzungen um die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam“, der Vorwürfe gegen die UOKG enthält. Der Buch-Herausgeber Prof. Wolfgang Benz veröffentlichte einen Text zum Thema im „Tagesspiegel“, worauf der UOKG-Vorsitzende Horst Schüler eine Entgegnung verfasste, die ebenfalls veröffentlicht wurde. Herr Wagner kündigte an, dass zu der Problematik am 22. Mai eine Podiumsdiskussion stattfinden wird.

Weiter sagte Rainer Wagner, der Dirigent Ulrich Backofen, der selbst aus politischen Gründen unhaftiert war, habe als gemeinsames Projekt mit der UOKG ein Konzert zugunsten der Opfer vorgeschlagen. Siegmund Faust (Menschenrechtszentrum Cottbus) bemerkte dazu, dass das Menschenrechtszentrum zusammen mit dem Staatstheater Cottbus, gefördert von der Stiftung Aufarbeitung, eine Fidelio-Aufführung plant. Man solle eine Konkurrenzveranstaltung vermeiden. Herr Schudt (Initiativgruppe Lager X Berlin-Hohenschönhausen) regte an, ein UOKG-Verbandestreffen in Cottbus durchzuführen.

Herr Wagner informierte darüber, dass im Juni eine internationale Tagung in Zusammenarbeit mit der „Citizens Alliance for North Korean Human Rights“ und der InterAsso-Kongress stattfinden werden.

Margot Jann, die UOKG-Vertreterin im Stiftungsbeirat der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn, schilderte das Problem, dass Bezieher der Opferpension, selbst wenn sie unter der Einkommensgrenze liegen, keine Unterstützungsleistungen der Stiftung erhalten dürfen. Die Stiftung habe sich an das Bundesjustizministerium gewandt, um eine Lösung zu finden, aber eine abschlägige Antwort erhalten.

Sinnvoll bezüglich der Problematik könnte eine Petition der UOKG sein. Rainer Wagner antwortete, dass die UOKG hier gern helfen werde.

Herr Wagner informierte über ein Schreiben der UOKG an Bundeskanzlerin Merkel, in dem vorgeschlagen wird, der Stiftung Berliner Mauer die Verantwortung für Mauerreste, die an authentischen Orten stehen, z. B. die East Side Gallery, zu übertragen. Eine entsprechende Resolution zum Thema wurde einstimmig angenommen.

Weiter informierte Rainer Wagner über „Wahlprüfsteine“, die zur Beantwortung an die Parteien verschickt werden sollen. Die Antworten veröffentlicht die Zeitschrift „Der Stacheldraht“.

Er bat die Anwesenden, den Entwurf der „Wahlprüfsteine“ durchzulesen und dann am kommenden Tag darüber abzustimmen.

In Kürze finde außerdem ein Gespräch mit dem Bürgermeister von Naumburg statt, bei dem über

die Einrichtung einer Ausstellung zum Thema Haftzwangsarbeit in einem Teil des ehemaligen Gefängnisses in Naumburg diskutiert wird.

Dr. Christian Sachse stellte das Projekt „Zwangsarbeit in der SBZ/DDR – 1945-1990“ vor. Mittels des Projektes soll Material für die moralische und politische Forderung nach einer künftigen Entschädigung gesammelt, aber auch die Grundlage für Forschungen zur Thematik an Universitäten geschaffen werden. Die Finanzierung des Projektes ist im Internet offengelegt (www.ddr-zwangsarbeit.info). Ebenso ist dort ein Fragebogen abrufbar.

Man will herausfinden, welche Betriebe profitiert haben. Dazu werden Zeitzeugenberichte zur Zwangsarbeit in Gefängnissen, Polizei-Lagern, Arbeitslagern, Kinderheimen gesammelt.

Das Projekt endet am 31. Mai 2014, dann werden zwei Publikationen vorgelegt.

Herr Wagner erklärte, die Ergebnisse des Projekts werden die Grundlage darstellen für die Verhandlungen der UOKG zur Durchsetzung einer Entschädigung.

Unterbrechung TOP 4

Top 5- Vorstellung des Vereins zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V. und Beschlussfassung über den Antrag auf Aufnahme in die UOKG

Der Verein wurde im November 2007 gegründet, zu seinen Mitgliedern zählen ehemalige politische Häftlinge, Lehrer, Lehramtsstudenten. Der Verein engagiert sich in der pädagogischen Unterstützung der Projektwerkstatt, der Zeitzeugenarbeit und wirbt Mittel für die Projektwerkstatt ein, da diese pro Jahr nur 200 € erhält. Frau Eich berichtete über Mittelkürzungen für Gedenkstättenlehrerinnen im Land Brandenburg und verwies darauf, dass es wichtig sei, Unterstützung zu erhalten. Rainer Wagner sicherte zu, dass die UOKG Unterstützung leisten könne. In der folgenden Abstimmung wurde der Antrag auf Aufnahme in die UOKG einstimmig angenommen.

Fortsetzung TOP 4

Rainer Wagner erläuterte, die UOKG-Wanderausstellung müsse erneuert werden, es gibt Fördergelder dafür und das fertige Konzept ist bei der Stiftung Aufarbeitung eingereicht worden. Die Stiftung hat Einwände vorgebracht, dazu findet in den nächsten Tagen ein Gespräch statt. Die UOKG habe in diesem Zusammenhang auch die Lagergemeinschaften angeschrieben und um eine Stellungnahme gebeten.

Frau Schönemakers ergänzte, es werde 15 Ausstellungstafeln geben. Von der Stiftung seien nicht die Zeitzeugenporträts, sondern der Einführungstext kritisiert worden.

Herr Wagner fasste zusammen, die Diskussion im Rahmen des Verbändetreffens zeige, dass es eine starke Opposition von Seiten der UOKG gegen die Auffassung der Stiftung gibt.

Dr. Christian Sachse merkte dazu an, die Stiftung habe sich nicht gegen die UOKG gerichtet, die Einwände entsprächen nur einer ersten Einschätzung von Seiten der Stiftung.

Unterbrechung TOP 4

TOP 6- Vorstellung des Bundes der Stalinistisch Verfolgten, Landesverband Berlin-Brandenburg und Beschlussfassung über den Antrag auf Aufnahme in die UOKG

Herr Gorynia berichtete, dass der Verein gleich nach der Wende gegründet wurde. Mitglieder sind von sowjetischen Militärgerichten Verurteilte und Frauen, die zur Zwangsarbeit nach Sibirien verschleppt worden waren. Der Verein leistet politische Bildungsarbeit in Sibirien, begleitet Überlebende und Hinterbliebene zu Gräbern in Russland. An der Universität Komorowo in Russland wurden Vorlesungen über sowjetische Lager in der SBZ und Widerstandsgeschichte in der DDR organisiert.

Mit einer Enthaltung wurde der Verein bei der sich anschließenden Abstimmung in die UOKG aufgenommen.

Fortsetzung TOP 4

Herr Wagner kündigte an, dass im Herbst 2013 UOKG-Vorstandswahlen stattfinden werden. Er habe in seiner Funktion als UOKG-Bundesvorsitzender in den vergangenen sechs Jahren auch persönlich finanzielle Eigenmittel aufwenden müssen, um notwendige Reisetätigkeiten zu realisieren. Dem nächsten UOKG-Bundesvorsitzenden sollten monatlich 400 € Aufwandsentschädigung zustehen.

TOP 7- Mitgliedschaft und Stimmrecht von Verbänden ohne nachvollziehbare Verbandsaktivitäten

Der Tagesordnungspunkt entfiel.

Ende: 19.30 Uhr

Sonntag, 17. März 2013

Beginn: 10.00 Uhr

Vortrag „Die Aufklärung der kommunistischen Vergangenheit Bulgariens“, Fanna Kolarova, Initiatorin der Ausstellung „Bulgarien 1944-1989. Verbotene Wahrheiten“

Frau Kolarova sagte, dass in Bulgarien keine Gedenkstätten oder Einrichtungen zur Aufarbeitung existieren. Am authentischen Ort in Bulgarien ein Museum einzurichten, sei nicht möglich. Daher hatte sie die Idee, eine Wanderausstellung zu schaffen und Zeitzeugeninterviews auf DVD zu veröffentlichen.

Frau Kolarova berichtete, nach der Okkupation Bulgariens durch die Sowjetunion 1944 seien 30 000-40 000 Menschen erschossen worden. In der Schule habe man gelehrt, dass eine sozialistische Revolution stattgefunden habe. Das „Volksgericht“ verurteilte 3000 Menschen zum Tode, darunter die gesamte ehemalige Führungsschicht. 100 orthodoxe Priester wurden ermordet. Nach 1944 existierte auch ein bewaffneter Widerstand, z. B. Bauern, die in den Wald gingen und sich organisierten.

Offiziell gab es in Bulgarien 40 Straflager ähnlich den Gulag-Lagern, inoffiziell spricht man jedoch von 88. Im Mai 1953 fand in Plovdiv ein Streik statt, der blutig niedergeschlagen wurde. Der bewaffnete Widerstand in Bulgarien dauerte noch bis 1962 an. Politische Häftlinge saßen bis zu 30 Jahren in Haft.

Aus den Verbänden

Frau Krägel (IG NKWD-Lager Tost) informierte darüber, dass am 11. Mai die diesjährige Fahrt nach Tost stattfindet.

Der Vortrag des Leiters der BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder) Rüdiger Sielaff anlässlich des letzten Verbändetreffens habe ihr sehr gut gefallen, daher habe sie ihm vorgeschlagen, einen Vortrag bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Hamburg zu halten. Dies wird sich im kommenden Jahr realisieren lassen.

Harry Hinz (Netzwerk Stasiopfer-Selbsthilfe) berichtete über ein Gespräch mit dem

Niedersächsischen Minister Schünemann zu möglichen Verbesserungen für politisch Verfolgte, das er als UOKG-Regionalbeauftragter führte.

Weiter erläuterte er, dass der Verein Netzwerk Stasiopfer-Selbsthilfe die Begleitung zu Gutachterterminen übernimmt. In NRW führte man Gespräche bezüglich der Kooperation mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Am 8.9.2012 fand in Münster in Kooperation mit der UOKG eine Veranstaltung zum Thema Zwangsaussiedlungen statt. Auf große Resonanz stieß auch eine Veranstaltung am 6.2.2013 in Olpe.

Reinhard Klaus (Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950) wies auf die von Freitag bis Sonntag stattfindende Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft hin. Er sagte bezüglich der Problematik UOKG-Wanderausstellung:

„Wir in unserer AG sind Demokraten, haben eine demokratische Rechtsauffassung und folgen seriösen Forschungsergebnissen, wonach unter Zugrundelegung rechtsstaatlicher Normen in den sowjetischen Speziallagern weniger als 5 % zu Recht einsaßen. Es waren also mehr als 95 % - bei Berücksichtigung der Unschuldsvermutung - zu Unrecht inhaftiert. In Sachsenhausen betrug der Prozentsatz Schuldiger wohl sogar noch weniger, unter 2 %.“

Katrin Behr (OvZ-DDR e.V.) informierte, ein Fotograf möchte das Thema DDR-Zwangsadoptionen bearbeiten, sorgt selbst für die Finanzierung. Am Ende sollen eine Ausstellung und eventuell ein Buch stehen. Die Selbsthilfegruppe für Adoptierte, die über zwei Jahre besteht, stößt auf eine gute Resonanz.

Roland Brauckmann (Menschenrechtszentrum Cottbus) sagte, ein Ausstellungsarchitekt sei mit der Herstellung der Ausstellung beauftragt worden. Die Eröffnung findet am 10.12.2013 statt, dazu wurden der Bundespräsident, der Ministerpräsident und Roland Jahn eingeladen. Desweiteren ist eine neue Pädagogik-Referentin eingestellt worden. Im Juni nächsten Jahres finden Fidelio-Aufführungen statt. Siegmara Faust ergänzte, dass es sieben Fidelio-Aufführungen geben werde. Auch politische Bildungsarbeit ist möglich, Vereine können sich vorstellen. Herr Schudt wiederholte in diesem Zusammenhang seinen Vorschlag, dann ein UOKG-Verbandetreffen in Cottbus durchzuführen.

Herr Dietrich (Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge IEDF) schilderte, dass die letzte Petition über sieben Jahre lief, alle Parteien stimmten zu, gaben ihr Votum an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), doch das BMAS lehnte ab. Der Vorgang ging an den Petitionsausschuss des Bundestages zurück. Der Ausschuss fordert noch ein Berichterstattergespräch mit dem BMAS. Der Termin, an dem auch die IEDF teilnehmen möchte, wird wahrscheinlich Ende April sein.

Weiter informierte Herr Dietrich darüber, dass von Gundhardt Lässig am 8. März Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht worden ist. Mit der 50-seitigen Anklageschrift geht die IEDF in die Öffentlichkeit, sobald ein Aktenzeichen dazu vorliegt. Zur Finanzierung der sehr hohen Anwaltskosten wird um Spenden gebeten.

Verschiedenes

Die Wahlprüfsteine, über die am Vortag informiert worden war, wurden einstimmig angenommen. Es wurde vorgeschlagen, den Punkt „TOP 7- Mitgliedschaft und Stimmrecht von Verbänden ohne nachvollziehbare Verbandsaktivitäten“, der am gestrigen Tag nicht mehr behandelt wurde, auf das nächste Verbandetreffen zu verschieben.

Herr Dietrich hatte einen Nachtrag zum Thema Wahlprüfsteine, der Wortlaut bezüglich der Rententhematik sollte noch geändert werden.

Herr Mittrup (UOKG) entgegnete, die Wahlprüfsteine seien schon angenommen worden, aber Wortlautänderungen eventuell noch möglich.

Ausblick auf das nächste UOKG-Verbandetreffen

Der Terminvorschlag für das nächste UOKG-Verbandetreffen 6./7. Juli 2013 wurde angenommen.

Ende: 12.30 Uhr

Der protokollierte Programmablauf folgt der veränderten Tagesordnung, die am Veranstaltungstag ausgegeben wurde.

gez. Rainer Wagner
UOKG-Bundesvorsitzender

gez. Carola Schulze
Protokollantin